



Bericht aus Berlin

18 / 2011

Viel Freude bei der Lektüre der Ausgabe Nummer 18 meines Berichts aus Berlin wünscht Ihnen

Ihr

Peter Götz

Aus dem Plenum

Regierungserklärung zum Europäischen Rat: „Auf der Tagesordnung steht jetzt eine Stabilitätsunion“

Bundeskanzlerin Angela Merkel gab in dieser Sitzungswoche eine Regierungserklärung zum Europäischen Rat in Brüssel am 9. Dezember 2011 ab. Dabei dämpfte sie Erwartungen einer raschen Lösung der Euro-Schuldenkrise. Die Krise ist nicht mit einem Befreiungsschlag über Nacht und quasi einem Paukenschlag zu lösen. Merkel bekräftigte das Ziel, die Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken. Auf der Tagungsordnung stehe jetzt eine Stabilitätsunion. Sie skizzierte die verschiedenen Etappen zur Lösung der Euro-Schuldenkrise. Es ist ein Prozess gewesen, in dem erst im Laufe der Zeit Einigkeit über die Ursachen der Krise zu erzielen gewesen ist. Ebenso besteht nunmehr Einigkeit darüber, diese Ursachen gemeinsam zu bekämpfen. Die Notwendigkeit einer Fiskalunion ist inzwischen weitgehend anerkannt. „Wir reden nicht nur über eine Stabilitätsunion, sondern wir fangen an, sie zu schaffen.“ Dies sei gar nicht hoch genug einzuschätzen. Die Kanzlerin warb mit Blick auf den bevorstehenden EU-Gipfel erneut für Vertragsänderungen, um eine Fiskalunion zu schaffen. Die Möglichkeit, Verträge innerhalb der Eurogruppe zu schließen, wäre nur „die zweitbeste Lösung“. Die Kanzlerin betonte, Deutschland wolle eine Spaltung der EU in Euro-Staaten und Mitgliedstaaten ohne den Euro vermeiden. Die Kanzlerin sagte weiter, die Krise biete auch eine Chance zur Umkehr und zum Lernen. Es gibt relativ einfache Regeln, die zu beachten sind: Sie müssen eingehalten und Verstöße geahndet werden. Verantwortungsvolles nationales Handeln muss Hand in Hand gehen mit europäischer Solidarität. Durchgriffsrechte sind aber nicht zu verwechseln mit Eingriffe in nationale Haushalte. Die Kanzlerin erteilte gemeinsamen Staatsanleihen der Euro-Länder erneut eine klare Absage. Eine gemeinsame Haftung für die Schulden anderer ist nicht denkbar.

Eurobonds können jetzt nicht als Rettungsmaßnahmen gegen die Krise eingesetzt werden. Die Autorität der europäischen Institutionen muss so gestärkt werden, dass auch glaubwürdige Durchgriffsrechte möglich sind. Die Politik muss ihre Glaubwürdigkeit und ihre Vertrauenswürdigkeit wieder herstellen. So müssen beschlossene Maßnahmen auch umgesetzt werden. Merkel forderte die europäische Bankenaufsicht auf, schnell ihre Entscheidungen zur Refinanzierung von Banken zu verkünden und damit rasch für Klarheit zu sorgen. Die Kanzlerin warnte davor, die Möglichkeiten des neuen Euro-Rettungsfonds EFSF zu unterschätzen. „Ich rate uns, nicht die EFSF schlecht zu reden, sondern das zu machen, was möglich ist“. Die Kanzlerin sagte, es sei höchstes Gut unserer Demokratie, die Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Gerichte und der Notenbanken zu schützen. Daher wird sie auch künftig nichts kommentieren, was die Europäische Zentralbank (EZB) tun oder lassen werde. Merkel betonte zugleich, dass als Aufgabe der EZB die Geldwertstabilität festgeschrieben ist. Die EZB hat eine andere Aufgabe als die Notenbanken in den USA oder Großbritannien. Die Bundeskanzlerin zerstreute Bedenken vor einer Dominanz Deutschlands in der Europäischen Union. Die klaren Vorstellungen der Bundesrepublik für eine Stabilitäts- und Fiskalunion haben nichts damit zu tun, dass sie Europa dominieren wolle. „Das ist abwegig“, sagte die Kanzlerin. Die deutsche und die europäische Einigung „waren und sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Und das werden wir nie vergessen.“

Zitat:

«Der Euro ist in seinen ersten zehn Jahren als Währung stabiler, als es die D-Mark im Durchschnitt ihrer Geschichte je war.»

(Der ehem. CDU-Politiker Friedrich Merz am 02.12.11 auf dem Deutschen Wirtschaftsforum in Hamburg)

Parlamentsdeutsch...

... **Kinderkommission:** Die Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder ist ein Unterausschuss des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie hat die Aufgabe, die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu vertreten. Alle ordentlichen Mitglieder der Kinderkommission gehören auch dem Ausschuss an. Damit können sie die Interessen der Kinder auch dort vertreten und haben einen Zugang zum parlamentarischen Aktionsfeld, den nur ein Ausschuss zu bieten hat.

Quelle: Parlamentsdeutsch, Lexikon der parlamentarischen Begriffe

Nachrichten (1)



Im Gespräch...

Am Freitag empfing Peter Götz Frau Zhang Chi im Berliner Reichstagsgebäude. Frau Zhang studiert derzeit in Deutschland. Götz hatte als kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie als Weltpräsident der Global Parliamentarians on Habitat (GPH) auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Peking an einem deutsch-chinesischen Dialog teilgenommen. Im Rahmen dieser mehrtätigen Veranstaltung hatte Frau Zhang den Kommunalpolitiker betreut.

Gaggenauer erhalten Deutschen Bürgerpreis

Das Projekt der Stadt Gaggenau „Anna wird Bürgermentorin“ wurde im ZDF-Hauptstadtbüro in der Kategorie Alltagshelden mit dem Deutschen Bürgerpreis 2011 ausgezeichnet. Aus der ursprünglichen Idee zwischen der Gaggenauer Ev. Markusgemeinde und der Türkisch-Islamischen Gemeinde DITIB e.V., Sprachkurse für Türkinnen anzubieten, entstand der Mentorinnenkurs, mit dem Ziel, den Frauen praktisches Alltagswissen zu vermitteln und die Teilnehmerinnen mit dem deutschen Gesellschaftssystem vertraut zu machen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem komplexen deutschen Bildungssystem. Das lokal anerkannte und sehr gut verankerte Projekt zeigt, dass sowohl die Mentorinnen wie ihre Ausbilder mit großem Engagement dazu beitragen, bildungs- und herkunftsbedingte Unterschiede und Schwierigkeiten zu überbrücken, Erfahrungen weiterzutragen und die Chancengleichheit ausländischer Mitbürger deutlich zu verbessern. Das Motto des diesjährigen Deutschen Bürgerpreises lautete „Bildung! Gleiche Chancen für alle“. Die Initiative „für mich. für uns. für alle“ zeichnet damit ehrenamtlich Engagierte aus, die für mehr Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit sorgen. Mit dem größten bundesweiten Ehrenamtspreis in Deutschland würdigt das Bündnis aus engagierten Bundestagsabgeordneten, den Städten, Landkreisen und Gemeinden Deutschlands sowie den Sparkassen herausragendes bürgerschaftliches Engagement. Ingrid Chaventré nahm zusammen mit drei der türkischen Bürgermentorinnen und Carmen Merkel, Frauenbeauftragte der Stadt Gaggenau, den Preis entgegen. Sie wurden u.a. von Oberbürgermeister Christof Florus und Sparkassendirektor Stefan Siebert begleitet. Peter Götz, der wie auch Bundesministerin Prof. Dr. Annette Schavan an der Preisverleihung teilnahm, gratulierte den Gaggenauer Preisträgerinnen.



Peter Götz und Prof. Dr. Annette Schavan im Kreis der Preisträgerinnen

Bessere ärztliche Versorgung im ländlichen Raum

Im Landkreis Rastatt war eine ausreichende flächendeckende ärztliche Versorgung immer wieder Thema. Peter Götz teilt mit, dass mit dem nun im Plenum des Bundestages verabschiedeten GKV-Versorgungsstrukturgesetz verwaiste Arztpraxen und lange Anfahrtswege für die Patienten im ländlichen Raum der Vergangenheit angehören. Götz: „Unser Gesundheitssystem ist eines der besten der Welt. Eine gute, wohnortnahe und flächendeckende Versorgung der Patienten ist sein Markenzeichen. Die jetzt beschlossenen Maßnahmen sollen dafür sorgen, dass es für Ärzte wieder attraktiver wird, sich bei uns im Landkreis Rastatt niederzulassen.“ Neben spürbaren finanziellen Anreizen wird etwa die sogenannte Residenzpflicht aufgehoben, so dass Ärzte nicht mehr in der Gemeinde wohnen müssen, in der sie ihre Praxis haben. Außerdem werden bessere Möglichkeiten für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Landärzte geschaffen. „Dieses Gesetz wird auch spürbare Verbesserungen für die Patienten bringen“, so Götz gegenüber der Presse. Dazu gehören u.a. die Einführung der bundeseinheitlichen Rufnummer 116 117 für den ärztlichen Notdienst oder die einfachere Ausstellung von Patientenquittungen durch die Krankenkassen.

Nachrichten (2)

„Faire Chancen – für jedes Kind“ Gemeinsame Veranstaltung von KPV und CDU in Berlin

Am 24.11.2011 kamen auf Einladung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU (KPV) und der CDU Deutschlands über 100 Teilnehmer aus ganz Deutschland zu einer Veranstaltung mit dem Titel: „Faire Chancen - für jedes Kind!“ in das Konrad-Adenauer-Haus nach Berlin.



Foto: Bernhardt Link

Peter Götz, Bundesvorsitzender der KPV und kommunalpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Hermann Gröhe, Bundesgeschäftsführer der CDU Deutschlands, hatten nach dem Parteitag der CDU im November 2010, welcher einen Beschluss zur Verbesserung der Chancensituation von Kindern in Deutschland gefasst hatte, Initiative ergriffen. Um auf Worte auch Taten folgen zu lassen, entwickelten sie einen Fragebogen an die Kommunen, mit dem ein Erfahrungsaustausch

erfolgreicher Kinder- und Jugendarbeit angestoßen werden sollte. Ziel war es, „Best-Practice-Beispiele“ ausfindig und die vielfältigen, existierenden Aktivitäten auf kommunaler Ebene sichtbar zu machen. Die Resonanz war so überwältigend, dass sich Götz und Gröhe entschlossen, im Rahmen einer Veranstaltung, die Ergebnisse der Befragung zu präsentieren und ausgewählte praktische Beispiele vorzustellen.

Peter Götz betonte in seinem Redebeitrag in Berlin: „Es passiert sehr viel Gutes in den Kommunen.“ Natürlich habe man oft negative Fälle und Probleme im Blick, weshalb es gut sei, sich auch mit den positiven Beispielen zu beschäftigen. So wurde unter anderem das sog. Dormagener Modell vorgestellt, welches sich durch eine sehr starke Förderung von Familien schon vor der Geburt und bis zur Einschulung auszeichnet. Auch Karlsruhe, der Landkreis Osnabrück und die Stadt Hannover stellten ihre Projekte vor.

Zum Abschluss der Veranstaltung dankte Götz den vielen Akteuren vor Ort, „die tagtäglich mit viel Sachverstand und Gespür“ Kinder- und Jugendarbeit leisten. Dennoch sei es weiterhin eine wichtige Herausforderung, allen Kindern und Jugendlichen in unserem Land faire Chancen für ihre Zukunft zu bieten.

Weitere Informationen unter:

www.bmfsfj.de

www.cdu.de

www.kpv.de

Einige interessante Daten und Fakten...

Konjunktur: Optimismus überwiegt

Trotz Finanz- und Staatsschuldenkrise rechnen nach einer Umfrage des Instituts der Deutschen Wirtschaft Köln die deutschen Unternehmen nicht mit einer Rezession. Eine Mehrheit der Unternehmen geht davon aus, dass ihre Geschäfte im kommenden Jahr stabil verlaufen werden. 31% rechnen sogar mit einem Produktionszuwachs. Nur 19% der befragten Betriebe gehen von einer Produktionsabnahme aus. Derzeit schätzen 46% der Firmen ihre wirtschaftliche Situation besser ein als 2010. Lediglich 15% Prozent bewerten ihre Lage schlechter. Der Rest der Befragten kann keine Veränderungen feststellen. Im Vergleich zum Frühjahr 2011 hat sich die Lageeinschätzung eingetrübt. Damals sagten 60% der Betriebe, ihre Lage sei besser als im Vorjahr. Bei den Exporten rechnen die Unternehmen 2012 mit einem deutlichen Rückgang. So gehen 24% der Betriebe von einer Zunahme ihrer Ausfuhren und 13% von einer Abnahme aus. 2012 wollen 30% der Unternehmen mehr investieren, 20% weniger. Rund 60% der befragten Unternehmen rechnen mit einer stabilen Beschäftigungslage im Jahr 2012. Fast jeder vierte Betrieb plant die Zahl seiner Mitarbeiter im nächsten Jahr zu erhöhen; nur jedes siebte Unternehmen geht von einem Stellenabbau aus.

(Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft Köln)

Privathaushalte sind ohne Zusatzschulden durch die Krise gekommen

Die Verschuldung der deutschen Privathaushalte ist während der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht gestiegen. Der seit rund zehn Jahren anhaltende Trend zu weniger Schulden wurde auch durch die Krise nicht gebrochen. Insgesamt sind die Sparquoten sogar gestiegen. Im Jahr 2009 waren deutlich weniger Haushalte – nämlich 18% – mit Konsumenten- und Immobilienkrediten belastet als während der Dotcom-Krise im Jahr 2000, als es noch circa 20% waren. Auch die niedrigen Zinsen haben die Haushalte nicht dazu veranlasst, mehr Schulden aufzunehmen.

(Quelle: DIW Berlin)

Community-Mitglieder passen Datenschutz individuell an

Nutzer von sozialen Netzwerken legen Wert auf die Möglichkeit, ihre Privatsphäre individuell zu bestimmen. Fast alle Community-Mitglieder finden entsprechende Einstellungen wichtig, durch die ihre Daten nur bestimmten Personen zugänglich sind. An der Spitze der Nutzerwünsche steht die Möglichkeit, die Sichtbarkeit von Daten generell nach Personengruppen zu differenzieren (95%). Jeweils 89% halten es für wichtig, dass sie ihre Pinnwand für bestimmte Personen freigeben können oder das eigene Profil vor Suchmaschinen verbergen können. 86% möchten die Möglichkeit haben, die Kommunikation mit einzelnen anderen Mitgliedern zu blockieren, und 82% plädieren für die Option, das eigene Profil auch innerhalb eines Netzwerks unsichtbar machen zu können. 80% der Nutzer sozialer Netzwerke passen das Datenschutz-Niveau individuell an. Weitere 9% haben die Standard-Einstellungen bewusst übernommen. Lediglich 11% haben sich mit den entsprechenden Möglichkeiten nicht auseinandergesetzt. Insbesondere jüngere Nutzer haben die Voreinstellungen zur Privatsphäre verändert: 89% der 14- bis 29-jährigen Anwender das Datenschutz-Niveau angepasst. Je älter die Nutzer, desto weniger beschäftigen sie sich mit dem Schutz ihrer Privatsphäre. Auch gibt es Differenzen nach Bildungsabschlüssen. 83% der Abiturienten oder Hochschulabsolventen verändern die Einstellungen, aber nur 69% der Nutzer mit Hauptschulabschluss. Zwei Drittel der Community-Nutzer (66%) fehlen nach eigener Einschätzung noch Informationen, was sie für den Schutz ihrer Daten tun können.

(Quelle: Bitkom)